



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
33. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.05.2023
Sitzungsbeginn:	16:07 Uhr
Sitzungsende:	19:28 Uhr
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Dr. Marek Lengen - SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Aydin Candan - SPD

Michelle Akyurt - CDU

Sandra Odendahl - SPD

Henning Stabe - CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Andreas Müller - DIE LINKE

Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Volker Nehrhoff - CDU

Gregor Voht - FREIE WÄHLER & GAL

Mara-Lena Zeplin - fraktionslos

ab TOP 1; 16.15 Uhr

Beiratsmitglieder

Manfred Bergmann - Beirat für SeniorInnen

nur öffentlichen Teil bis 19:25 Uhr

Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen

Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion

Dr. Axel Flasbarth - Bündnis 90 / Die Grünen

bis TOP 3.1; 17:49 Uhr

Antje Jansen - FREIE WÄHLER & GAL Fraktionsvorsitzende

bis TOP 3.2; 19:00 Uhr

Verwaltung

Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Ralf Kuschmierz - FBC FB 2

Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen

nur öffentlichen Teil; 19.25 Uhr

Matthias Wulf - Soziale Sicherung

nur öffentlichen Teil; 19:25 Uhr

Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	bis TOP 3.4; 19:07 Uhr
Björn Bär - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	bis TOP 3.2; 19:00 Uhr
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis TOP 3.4 ; 19:07 Uhr
Katrin Sinner - 2.280.5 Stiftungsverwaltung	bis Topr 3.2; 19:00 Uhr
Kai Tabbert - Feuerwehr	bis TOP 3.4; 19:07 Uhr
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	ab TOP 3.1; 17:45 Uhr; nur öffentlichen Teil bis 19:25 Uhr
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Aleksa Kiene - Diakonie Nord Nord Ost	nur öffentlichen Teil; bis 19:25 Uhr
Ronnie Schmidt - Assmann Schmidt Ingenieure	bis TOP 3.1; 17:52 Uhr
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Gabriele Friemer - Die Unabhängigen Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	-entschuldigt-
Dr. Carsten Grohmann - CDU	-entschuldigt-
Dr. Werner Vieler - AfD	-entschuldigt-
Anka Grädner - Fraktion 21 Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	-entschuldigt-
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Volker Krause - BfL	-entschuldigt-
Dr. Axel Walther - FDP	-entschuldigt-
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer - Beirat für Senior:innen	-entschuldigt-

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.04.2023	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand "Weiterbetrieb HGH"	
3.2	Wirtschaftlicher Lageüberblick der SIE	
3.3	Antwort zum Fragenkatalog von Herrn Müller-Lornsen aus dem Ausschuss für Soziales vom 04.04.2023 zum Thema "Weiterbetrieb HGH"	VO/2023/12194
3.4	Anfrage MA Müller: Auswirkungen des Schlichterspruches auf die Budgetverträge	
3.5	Anfrage AM Voht: finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Soziales Träger	
4	Berichte	
4.1	Bericht zum Brandschutzmaßnahmenstatus 2023 in den SeniorInnenEinrichtungen	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erstellung eines Konzeptes zur Einführung von Housing First Projekten	VO/2023/12143
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- Antwort auf den Fragenkatalog von AM Müller-Lornsen mit der VO 12194
- Gutachten von Assmann und Schmidt Ingenieure
- Stellungnahmen der Feuerwehr, Bauordnung und des GMHL

Herr Wulf merkt an, dass man zum TOP 7.1 in einer folgenden Sitzung vollumfänglich informieren möchte und schlägt vor, diesen TOP zu vertagen.

Der Antragsteller zu TOP 7.1 – Herr Müller-Lornsen spricht sich gegen eine Vertagung aus.

Frau Akyurt beantragt das Rederecht für die Mitglieder der Angehörigeninitiative und hier namentlich Frau Alheid, Herr Jens Schmidt und Herr Schulken.

Der Ausschuss beschließt einstimmig das Rederecht für die benannten Personen.

Herr Dr. Flasbarth schlägt vor, die TOP 3.1 und 3.3 zusammen zu beraten, da diese dieselben Beratungsinhalte haben.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Für den nichtöffentlichen Teil werden Herr Kuschmierz und Frau Timmermann von der Verwaltung als Teilnehmende zugelassen. Der Ausschuss beschließt einstimmig

Der vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die geänderte Tagesordnung.“

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.04.2023

Herr Müller erklärt, dass nach seiner Auffassung das Abstimmungsergebnis zu TOP 3.1 fehlerhaft sei. Er gibt zu Protokoll, dass es 9 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen sein müssten.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen es zur Kenntnis, halten aber fest, dass es im Ergebnis nichts ändern würde und der Antrag unter TOP 3.1 der letzten Sitzung mehrheitlich angenommen wurde.

Die Einwendung wird im Protokoll vermerkt und mit 9 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

Die Niederschrift ist damit in der geänderten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Informationen zum aktuellen Umsetzungsstand "Weiterbetrieb HGH"

Hier werden TOP 3.1 sowie TOP 3.3 zusammen beraten.

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein.

Herr Ronny Schmidt von Assmann Schmidt Ingenieure berichtet von seiner erneuten Prüfung und stellt das Ergebnis vor. Er stellt dar, dass nach seiner Auffassung die Gebäudeteile Schankhaus (rot), Kammerhaus (blau) und Koberg (gelb) herzurichten sind und darüber hinaus der grüne gekennzeichnete Gebäudeteil weiter im Betrieb verbleiben könnte.

Herr Babendererde erläutert die Rolle des GMHL als Berater für die Stiftungsverwaltung. Er stellt vor, dass seitens des GMHL, der Feuerwehr und der Bauordnung eine konkrete Gefahr für die Bewohner:innen gesehen wird. Er berichtet von der elektronischen Versorgungslage, die Anlass zur Befürchtung gibt, dass wenn es brennen sollte, es sehr schnell zu einem Vollbrand kommen wird. Unabhängig von einer Brandmeldeanlage, geben die dortige Umstände Anlass zur größten Sorge, dass es erheblichen schneller zu einem Brand kommen könnte, als in einem neueren Gebäude.

Herr Tabbert von der Feuerwehr erläutert, dass hier keine gute Situation für die Menschenrettung gegeben ist. Zudem ist der Funkkontakt im Einsatzfall nicht gegeben. Er berichtet, dass bei einem Alarm die Berufsfeuerwehr sofort mit zwei Löschzügen ausrücken würde und zudem auch die Krankentransporte ausrücken würden, da hier eine Großgefahrenlage anzunehmen ist.

Herr Schröder berichtet, dass in den nächsten Tagen ein Anhörungsschreiben zur bevorstehenden Nutzungsuntersagung herausgesandt und eine Nutzungsuntersagung die Folge sein wird. Damit wird ein Weiterbetrieb über den 30.09.2023 hinaus nicht möglich sein.

Aus Sicht der Verwaltung wird der vorgelegte Vorschlag als geeigneter Lösungsansatz für die Brandmeldeanlage eingeschätzt, kann jedoch nicht dazu dienen, die Gesamthematik des Brandschutzes zu lösen. Insbesondere die erforderlichen umfangreichen baulichen Maßnahmen, die für eine Betriebssicherheit erforderlich sind, werden vom vorgelegten Vorschlag nicht berührt.

Frau Sinner erläutert die finanziellen Auswirkungen einer Sanierung, die aus Stiftungsmitteln nicht leistbar sein wird, sondern dann aus dem städtischen Haushalt zu leisten ist.

Weiter sprechen Herr Jens Schmidt, Frau Alheid und Herr Schulken.

Herr Wadehn stellt dar, dass die Kosten für die Bewohner:innen in einem erheblichen Umfang steigen würden.

Herr Dr. Flasbarth erfragt, was man nach der Grundsanierung mit dem HGH machen will, ob eine Grundsanierung im laufenden Betrieb möglich ist und wie man es schaffen kann, eine Nutzungsuntersagung zum 30.09.2023 zu verhindern.

Hierzu sprechen Frau Senatorin Steinrücke, Herr Babendererde, Herr Tabbert, Frau Akyurt und Herr Voht, Frau Jansen, Frau Zeplin und Herr Müller.

Herr Ronny Schmidt verlässt um 17:52 Uhr die Sitzung.

Herr Müller-Lornsen stellt einen 3-Punkte-Antrag der im Laufe der Debatte zurückgezogen wird, um diesem im Hauptausschuss einzubringen.

Der Ausschuss nimmt die Informationen zu TOP 3.2 und die Antworten zu TOP 3.3 zur Kenntnis.

zu 3.2 Wirtschaftlicher Lageüberblick der SIE

Herr Wadehn kündigt eine Power Point Präsentation (ppp) zur wirtschaftlichen Lage der SIE an. Herr Stabe regt an auf die ppp zu verzichten und bittet die Folien dem Protokoll hinzuzufügen.

Der Ausschuss schießt sich an und die ppp wird dem Protokoll angehängt.

zu 3.3 Antwort zum Fragenkatalog von Herrn Müller-Lornsen aus dem Ausschuss für Soziales vom 04.04.2023 zum Thema "Weiterbetrieb HGH" Vorlage: VO/2023/12194

Siehe TOP 3.1 (TOP 3.1 und TOP 3.3 wurden zusammen beraten)

Beschluss:

Fragen von Herrn Müller-Lornsen zum Bericht der Verwaltung, TOP 3.1, zum aktuellen Umsetzungsstand „Weiterbetrieb HGH“ aus dem Ausschuss für Soziales vom 04.04.2023:

1. Brandschutzkonzept

- a. Ist für das 2021 genehmigte Brandschutzkonzept bereits der Baubeginn angemeldet worden? Wenn ja, wann? Wenn nein, warum nicht und wann ist das geplant?
- b. Welche konkreten Umsetzungsschritte (außer dem Umsetzungskonzept von Herrn Schmidt) wurden bereits begonnen (bitte einzeln auflisten)?
 - i. Seit Erteilung der Baugenehmigung im März 2021?
 - ii. Seit dem Bürgerschaftsbeschluss für eine Umsetzung des Brandschutzkonzeptes im Februar 2023?
- c. Welche konkreten Umsetzungsschritte wurden bereits abgeschlossen (bitte einzeln mit Datum auflisten)?
- d. Für welche im Brandschutzkonzept genannte Maßnahmen wurde die Umsetzung noch nicht begonnen, warum nicht und wann ist der Umsetzungsbeginn?

jeweils geplant (bitte einzeln aufführen)?

e. Brandmeldeanlage

- i. Wurden schon Angebote für eine Miet-Brandschutzmeldeanlage eingeholt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis und wenn nein, warum nicht und wann soll das geschehen?
- ii. Ist die Brandmeldeanlage im Rathaus die gleiche wie im HGH? Wenn ja, was ist der Plan, wenn diese ausfällt?
- iii. Ist oder war die gleiche Brandmeldeanlage in einem anderen Heim der SIE verbaut? Wenn ja, was ist der Plan, wenn diese ausfällt?
- iv. Gibt es noch andere Gebäude der HL, in denen diese Brandmeldeanlage vorhanden ist?
- v. Die Bürgerschaft hat beschlossen, in den anderen von der SIE genutzten Gebäude 7 Mio. € u.a. für Brandschutz zu investieren, bevor diese Heime in wenigen Jahren abgerissen werden.

1. Wie alt sind die Brandmeldeanlagen in den Gebäuden der SIE jeweils?

2. Wurden dort in den vergangenen Jahren Brandmeldeanlagen ausgetauscht? Wenn ja, wie lange hat das gedauert und was hat es gekostet? Wenn nein, ist das noch geplant?

2. Umfassende Sanierung

a. Was ist der Stand der umfassenden Sanierung?

- i. Welche Arbeitsschritte sind schon abgeschlossen?
- ii. Welche Arbeitsschritte sind noch nicht abgeschlossen und wann ist damit jeweils zu rechnen?

b. Liegt schon eine überarbeitete Kostenschätzung vor?

- i. Wenn ja, wie hoch ist diese?
- ii. Wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

c. Liegen allgemein "verabschiedete" Anforderungen der SIE für das HGH als Grundlage der Planung für eine umfassende Sanierung vor?

- i. Wenn ja, seit wann (bitte die Anforderungen der SIE dem Sozialausschuss vorlegen)?
 - ii. Wenn nein, warum nicht und wann ist damit zu rechnen?
- d. In welcher Weise wird bei den Anforderungen der SIE die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt?
- i. Welche Art der Pflege ist vorgesehen?
 - ii. Wie viele Zimmer und Plätze sind geplant?
 - iii. Welche Zimmergröße ist vorgesehen und woran orientiert sich diese?
 - iv. Welches Verhältnis der Anzahl der Zimmer zu Nebenräumen ist vorgesehen und woran orientiert sich dieses?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.4 Anfrage MA Müller: Auswirkungen des Schlichterspruches auf die Budgetverträge

Herr Müller erfragt inwieweit die Auswirkungen des Schlichterspruches in den Tarifverhandlungen Auswirkungen auf die bestehenden Budgetverträge haben wird und bittet hierzu um nähere Informationen.

Frau Senatorin Steinrücke sagt diese Information für den kommenden Ausschuss zu.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.5 Anfrage AM Voht: finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten für Soziales Träger

Herr Voht nimmt Bezug auf den ausgelaufenen Härtefallfonds und verweist auf die angespannte finanzielle Situation z.B: der Tafel und erfragt, ob es schon Gesprächsrunden auf kommunaler Ebene gibt, die hier Soziale Träger ohne Budgetvertrag unterstützen.

Hierzu sprechen Herr Wulf und Frau Senatorin Steinrücke sagt hier ebenfalls eine Information in einem künftigen Sitzungstermin zu.

Frau Akyurt ergänzt die Fragestellung insoweit, das auch eine Aufstellung der Träger wünschenswert wäre um zu sehen, wer hat aus dem Härtefallfonds welche Leistungen bekommen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Bericht zum Brandschutzmaßnahmenstatus 2023 in den SeniorInnenEinrichtungen

Herr Wadehn stellt anhand einer PPP die Ergebnisse der Brandverhütungsschauen in den Häusern der SIE vor.

Herr Müller erfragt, ob in den anderen Häusern auch Brandmeldeanlagen abgängig sind.

Herr Wadehn bejaht dieses für das APH Dornbreite.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erstellung eines Konzeptes zur Einführung von Housing First Projekten Vorlage: VO/2023/12143

Herr Müller-Lornsen begründet den Antrag.

Herr Kewitz stellt klar, dass die Zahlen weitere Erläuterung bedürfen. Nicht alle Ratsuchenden bei der Diakonie Nord Nord Ost sind Wohnungslose.

Ferner stellt er dar, dass 160 Plätze in den Notunterkünften vorhanden sind, zudem erfolgen bei Bedarf auch gewerbliche Unterbringungen.

Er bestätigt, dass der Bedarf bei den Frauen merklich gestiegen ist.

Er berichtet weiter, dass die Diakonie Nord Nord Ost 160 Wohnungen für Wohnungslose angemietet hat und diese für die Unterbringung zur Verfügung stellt.

Das entspricht dem Housing First- Konzept, wird nur in Lübeck anders benannt.

Herr Kewitz ergänzt, dass die Hansestadt Hamburg im Vergleich nur 15 Wohnungen für den gleichen Zweck vorhält.

Herr Dr. Lengen verliest eine Mail von Herrn Ulrich von der Diakonie Nord Nord Ost, der leider an der Teilnahme zur Sitzung verhindert war, aber gern zu dem Thema bei einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses vortragen möchte.

Herr Wulf schlägt auch vor, dieses bestehende Konzept in einer der kommenden Sitzung vorzustellen.

Herr Müller-Lornsen würde es gern in der nächsten Sitzung vertiefen.

Herr Voht stellt ebenfalls klar, dass man hier nicht nur den Antrag sehen sollte, sondern es eine globale Betrachtung erfordert.

Der Ausschuss einigt sich darauf, zu dem Thema Herrn Ulrich einzuladen, um dann das Gesamtkonzept Stadtverwaltung und Diakonie Nord Nord Ost vorgestellt zu bekommen.

Herr Dr. Lengen lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Der Ausschuss beschließt einstimmig den TOP zu vertagen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert, der Bürgerschaft spätestens bis zur Haushaltssitzung im September 2023 aufbauend auf den Erfahrungen der Diakonie Nord Nord Ost ein Konzept zur Einführung von Housing First zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit in Lübeck vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:25 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 19:26 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erklärt, dass die Niederschrift vom 04.04.2023 genehmigt wurde und beendet die Sitzung um 19:28 Uhr.

Lübeck, den 1. Juni 2023

Dr. Marek Lengen
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung